

der Kugel in Deutschland rolle, und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen die Vergiftung und Bestechungsgelder wehren. Jemanden Teillettischen Landes für uns in Anspruch zu nehmen, liege uns absolut fern.

Nunmehr folgten

Abläufungen des Sozialisierungsgesetzes.

§ 1 Sittliche Pflicht jedes Deutschen zur Arbeit usw.) wird in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen.

§ 2 wird über den Antrag der Sozialdemokraten, der die Entschädigungspflicht des Reiches bei Sozialisierungen bestreitig will, namentlich abgestimmt. Es werden abgegeben 800 Stimmen. Enthaltungen sind nicht vorgekommen. Mit Ja haben gestimmt 135, mit Nein 165. Der Antrag Auer ist demnach abgelehnt.

§ 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 58 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in der Kommissionssitzung angenommen, ebenso unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge der Rest des Gesetzes, das damit in zweiter Lesung erledigt ist.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Abg. Dr. Niedland (Dem.): Der Aufschluß hat zugunsten der Verbraucher Befreiung geschaffen. In dem Reichspräsidenten müssen alle Reichsteile, vor allem auch die sozialarmen süddeutschen Staaten, berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das Ihre zu tun. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Hentz (ll. Soz.): Das Gesetz gibt den Arbeitern Steine statt Brod; wir lehnen es ab. (Beifall bei den Unabhängigen, Böckeler bei der Mehrheit.)

Abg. Osterroth (Soz.): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Abg. Gohn rüft: Frechheit und wird deswegen vom Vizepräsidenten beschimpft zur Ordnung gerufen.) Die Bergarbeiter wissen jetzt, was sie von den Freunden des Abg. Hentz zu erwarten haben. Wir betrachten dieses Gesetz als eine

Klappe zur Verstaatlichung des Bergbaus.

(Weltkrieger Weltkrieger links, Böckeler rechts.)

Abg. Weltkrieger (Deutschpart.): Das vorliegende Gesetz ist für uns unannehmbar, seine Unfairheiten sind auch in der Kommission nicht beseitigt. Viele Erstellen, insbesondere der Kleinbauern, werden dadurch ruiniert werden. Wir können nicht für dieses Gesetz stimmen, würden aber gern an einem Gesetz gegen die Auswüchse des Kleinbauerns mitarbeiten. (Beifall rechts.)

Wirtschaftsminister Wissell: Wir denken gar nicht daran,

den Kleinbauern für Kohle zu befehligen.

Abg. Imbusch (Centr.): Spricht sich namens seiner Partei für das Gesetz aus und bittet die Regierung, nichtsdestotrotz für Ordnung im Bergbau zu sorgen.

Abg. Könen (ll. Soz.) befürwortet den Antrag der Unabhängigen über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz. Weil das Gesetz sozialistisch sei, würde seine Partei es ablehnen und der Leistungsfähigkeit sagen, daß die Mehrheitssozialisten einem solchen Gesetz zugestimmt haben. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichsarbeitsminister Bauer: Wenn die Unabhängigen zugeben würden, daß dieses Gesetz einen ersten großen Schritt auf dem Wege der Sozialisierung darstellt, so würden sie ein großes Agitationsergebnis aus der Hand geben. Das wollen sie nicht, darum lehnen sie das Gesetz ab und hoffen in alter Weise weiter. (Sehr wahr! bei den Sozialen.)

Abg. Wallbaum (Deutschpart.) erklärt, daß ein Teil seiner Freunde der Vorlage zustimmen werde.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird die Vorlage angenommen, ebenso die oben mitgeteilte Resolution, zu der der Abänderungsantrag der Unabhängigen abgelehnt wurde.

Hierauf werden die Gesetze über die Kohlenwirtschaft und das Sozialisierungsgesetz in dritter Lesung angenommen. Gegen das erste stimmen die Unabhängigen und der größte Teil der Rechten, gegen das zweite die gesamte Rechte.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Es folgt die einstimmige Kundgebung gegen die Besetzung des Rheinlandes. Obwohl ergreift das Wort:

Präsident Schrenck: Wir sind damit am Ende unserer Arbeit angelangt. In der Pause werden die Kommissionen fleißig und hoffentlich auch mit Erfolg für unser geliebtes Vaterland arbeiten. Wenn draußen hier und da Stimmen laut geworden sind, die Nationalversammlung rede zu viel, so kann ja manchmal dieses Gesetz ankommen (Seiterkeit). Aber wir haben in den letzten Wochen doch der Redelust ihres angelegt, und wenn das in Zukunft noch mehr geschieht, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zustimmung.) Aber schließlich ist es ja unsere Arbeit zu bereiten, also zu reden und unterzutreten sind die Worte und die Beschlüsse, die wir fassen. Ich wünsche den Mitgliedern eine gute Heimfahrt und ein gesundes Wiedersehen. (Beifall.)

Rückläufige Sitzung Dienstag, 25. März, 3 Uhr. Im Beratungssaal wird eine frühere Einberufung erfolgen.

Schluss gegen 6 Uhr.

Der landwirtschaftliche Anbauzwang.

Die Beratungen im Hauptauschuss.

Weimar, 12. März.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses wurde über die Zweckmäßigkeit und die Rechtmäßigkeit der Verordnung über die Sicherung der Landbaubewilligung vom 4. Februar 1919 beraten. Ein Regierungsvorsteher betrat die Rechtsfrage und betonte, daß es sich nicht um eine Verordnung auf Grund des Ermaßigungsgesetzes vom 4. August 1914 handele; sie sei erlassen worden auf Grund der dem Kriegsernährungskant unter dem 16. Mai 1916 gegebenen Ermaßigung, sei also rechtsquellig. Das Reich der Prüfung durch die Nationalversammlung sei unbefriedigt. Abg. Roediger (Deutschpart.) kritisierte die Verordnung, die der Landwirtschaft Dinge zumute, die man ihr nicht zumuten könne. Er stellte den Antrag, die Vorlesungen über die Art der Bestellung aus der Verordnung herauszustreichen. Reichsminister Schmid legte die Gründe dar, die zum Erlass der Verordnung geführt hätten. Das Interesse der Gesamtbevölkerung bestieß darin, die Bauern der nicht bewirtschafteten Landflächen, Bayern und Baden seien mit ähnlichen Verordnungen vorangegangen, ein Beweis dafür, daß ein Bedarfsvorfall darstelle.

Es sprachen dann noch Vertreter der einzelnen Parteien. Ein Demokrat und ein Sozialdemokrat protestierten energisch gegen den Streikgedanken.

Die Beratungen sollen heute fortgesetzt werden.

Endlich!

Das neue Landarbeiterrecht, das auch die Böhme der Landarbeiter einer zeitgemäßen Neuregelung unterzieht, wird von der Reichsregierung vorbereitet und demnächst der Nationalversammlung zugehen.

Absatz der Münchener Unabhängigen.

Die gestörte Einigung in Bayern.

München, 18. März. (Privat.)

Der Zusammenschluß des Landtags ist nunmehr endgültig auf den nächsten Montag, 17. März, anberaumt worden.

Die Einigung der Parteien wird jetzt wieder durch die Unabhängigen gestört. In einer Kundgebung treten die Münchener Unabhängigen für die Diktatur des Proletariats ein und begrüßen in der kommunistischen Partei eine Brudergesellschaft, mit der sich eine gemeinsame Basis finden lasse. Sie lehnen die Münchener Vereinbarung vom 7. und 8. März ab, verweigern dem Verhalten der Fraktion im Rätekongress die Bill-

Der Geburtstag des neuen Preußen.

Die erste Sitzung der Landesversammlung. — Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten Hirsch

haben, nicht zuletzt, die alten Machthaber Preußens mit verhüllt durch Festhalten

an dem elendsten aller Wahlsysteme.

Alle Bitten und Mahnungen, alle Drohungen waren leider in dem Wind gesprochen. Darum hat sich das Volk selbst sein Recht gesucht. Unter dem Druck des siegreichen Feindes wurden wir leider gezwungen, weit preußische Gebiete, darunter ferne und teure Lande der Provinzen Polen, den Polen preiszugeben. Der Mangel an Eisenbahnmateriale brachte die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln zum Sticken, und dazu kamen die wilden Streitbewegungen. Eine gewalttätige verbrecherische Wilderheit (Kämpf bei den Unruhen) bedrohte die Sicherheit des Staates. Die Arbeiter und Soldaten hätte haben uns vielfach wertvolle Hilfe geleistet, aber ihre Zusammenarbeit mit den alten Organen des Staates schuf unzählige Reibungen aller Art, und wir haben unter bestem Gewissen diese neuen Gebilde wenigstens einigermaßen organisch in unser öffentliches Leben einzufügen. (Ruf bei d. Unabh.: Ausgespielt!) Die Lage der Regierung war wahrhaftig niemals leicht, nur Pflichtgefühl hielt uns im Dienst des Volkes an unserem Platz. Mit Genugtuung begrüßten wir den Tag, an dem die Verantwortung von uns auf Sie übergegangen ist. An Ihnen ist es nun, dem freien Preußen die dauernde neue Staatsform zu geben. Sie sollen Preußen aus einem der politisch rücksichtigen zum freiheitlichsten Staat der Welt machen.

Große Aufgaben auf dem Gebiet der Verwaltung, des Verkehrs und des Steuerebens, der Wohnungswirtschaft, der Gesundheitspflege, der öffentlichen Gesundheitspflege, des Unterrichts- und Erziehungssewesens stehen Ihnen bevor. Jeder gesittigte Kraft, jedem Talente wird der Staat den Weg ebnen, um durch Fleiß und Leistungen zur vollen Anerkennung seiner Kräfte zu gelangen. Mit Gewalt hat Preußen einst das Reich zusammengebracht. Die Gewalt ist zerbrochen. Mit dem Geist der Freiheit, der Ordnung und Arbeit soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Das alte Preußen ist tot. Es lebe das neue Preußen! (Lebhafte Beifall und Händeschütteln. Abg. Adolf Hoffmann ruft: Die Botschaft hören wir wohl!)

Ministerpräsident Abg. Herold (Centrum) begrüßt in einer Ansprache die Mitglieder auf das warmste, ganz besonders die Frauen, die zum erstenmal an der Gestaltung der Gesetzgebung mitzuwirken berufen sind.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Freitag nachmittag um 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführers, sowie erste, zweite und eventuell dritte Lektion des Gesetzesentwurfs betreffend die vorläufige Verfassung.

Nach einer Debatte über die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung wird einstimmig bestimmt, daß ein Antrag der Unabhängigen

Aushebung des Standesrechts

und des Verfassungsaufstandes als dritter Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. Der Verfassungsentwurf steht damit an die vierte Stelle.

Rückläufige Sitzung: Freitag 8 Uhr.

* Die Deutsche demokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung hat zu Vorfahren mit gleicher Rechten Staatsminister a. D. Dr. Friedberg, Direktor Oester, Stettin, und Professor Dr. Rabe, Marburg, gewählt.

Eine monarchistische Kundgebung.

Stuttgart, 12. März.

Unbekannt um die politischen Folgen, die etwa daraus entstehen könnten, haben die W.C.Schiffen einer Schule in Glatz in Württemberg eine "monarchistische Kundgebung" in Szene gesetzt. Der alte Herr, der früher auf Württembergs Thron saß, feierte in diesen Tagen seinen Geburtstag. Die Schulkinder beschlossen, für ihren alten König eine Geburtstagsfeier zu sammeln. Jedes Kind brachte ein Eis mit und als Ergebnis der Sammlung konnte ein schön verpacktes Tierkissen nach Schloss Leonberg ein gesetzt werden. Wenn der Erbprinz die Tier vielleicht auch nicht gerade nötig hat, so ehrt die mit dem Geschenk zum Ausdruck gebrachte Unabhängigkeit die kleinen Geber. Die Kundgebung war von einem gutgemeinten Gedicht begleitet, dessen erste Strophe lautet:

Vieber guter alter König!
Gelt, es ist dir nicht zu wenig.
Wenn wir kleinen Glatzner Schülern
Dir wie gleich nicht viel kosten,
Doch dir ein Eis bescherten?
Denn für dich ein warmes Herz,
Schlägt in uns in Freude wie Schmerz.

Hoffentlich geht ob dieser Geschichte der republikanische Staatstaat nicht in Trümmer.

Kunst u. Wissenschaft

"Die Kinopuppe" im Nationaltheater. Die fleißige Bühne im Höppler Straße hat sich nach der erfolgreichen "Prinzessin" von Leonhard Hassel und Will Steinberg einen neuen Text schreiben lassen, zu dem wiederum Walter Stromme eine ohrenfällige hübsche Musik zusammengeführt hat. "Die Kinopuppe" heißt das anspruchlose Stückchen Unterhaltung, das einen kleinen Liebesroman aus der Filmwelt zum Gegenstand hat und mit allerlei häblichen Einfallen gepflegt ist. Die Kinopuppe wurde von Groß Oester mit beachtenswertem Geschick gegeben. Gefällig übertrug die Leistung den herkömmlichen Durchschlitt; noch etwas mehr Routine, und die kleine Künstlerin wird bald an besserer Stelle stehen können. Carl Wessell schickte, wie immer, mit seiner glänzenden Komik den Vogel ab. Neben ihm standen Martha Kniecke, Heinrich Dietrich und Heinz Nehr auf sicherem Beinen. Spiel und Orchester hielten sich vorzüglich; die Gäste des dichtbesetzten Hauses dankten ehrlich mit Beifall und Blumen.

Theaterchronik. Die erste Aufführung von Gerhart Hauptmanns "Die Räuber" im Theater in der Königgrätzer Straße, die eine wiederholte Verziehung erlaubt wurde, ist nunmehr auf heute, Freitag, festgelegt worden.

Die Jugendbühne Groß-Berlin wird am 18. März, nachmittags 3 Uhr, den ersten Auftritt ihrer Maskenveranstaltungen mit Goethes "Götterdämmerung" in den Sommerställen in der Tälzer Straße eröffnen. Abends gelangt Schillers "Kabale und Liebe" zur Aufführung.

Beratungsräume für äußere Politik: Dr. Erich Marx-Chomitzburg; für innere Politik: Karl Seitter; Neußen; für Kommunales, Groß-Berlin; Schiedsgerichte und den übrigen Teil: Heinrich Depenau; Berlin; für Sozialpolitik und Soziale Unterhaltungsbelange: Georg Giesecke; Holzendorf; für den Infernus: Paul Graetz; Berlin-Zehlendorf.

Und und Berlin: Rudolf Wolke, Berlin.

Diary 1 Beiheft.

Verteidigung seiner Wahlhalle
der Leberausgabe.
M. Klemel. Unterstraße 1, Baden.

- **Stellmacher** -

Schiffmacher
Hafenmacher
Mit Wagen u. Karosserien
fertigt, nach
Fahrgespann, P. Bandell,
Sankt. Anna und
Twinomünde.

- **Töpzerier** -

Potzler,
nur täglich, juchen
Trunk u. Co., Kronest. 10.

----- **Tischler** -----

Tischlermeister
mit mehreren Gefallen und Werkstatt
an der Ausführung von Laboreinrichtungen gesucht.
Offizier unter J. S. 5573 befindet Rudolf Wölfe.

Büchel, J. Roscherstr. 9a (Kurfürst.)

Stiel, v. Siebe, Wilhelmstr. 53.

Kundenträger verlangt

Hofmann, Cäsarstr. 76.

Tischler verlangt

Neue Schönhauser Str. 6.

Tischler, Puttemannstr. 2.

Gehöftstrasse

Gehöftstrasse 17, Eg. Schlegelstr.

Gehöftstrasse